



Juli 2008

Strategische Themen der internationalen Politik und Globalisierung

- **Europa braucht eine gemeinsame Einwanderungspolitik** Seite 1
- **Chinas Jugend kehrt dem Westen den Rücken** Seite 2
- **Auf Chinas Fußspuren: Indien investiert Milliarden in der Karibik** Seite 3
- **Welt profitiert von verstärkter regionaler Integration in Asien** Seite 3
- **Ära der Solarenergie rückt immer näher** Seite 4
- **Weltfrieden durch globale Alterung?** Seite 5
- **Sind Entwicklungshelfer die neuen Kolonialherren?** Seite 5

Europa braucht eine gemeinsame Einwanderungspolitik

Jakob von Weizsäcker, Strait is the Gate – Europe's Immigration Priorities, *bruegelpolicybrief*, Issue 2008/05, Juli 2008

Zukünftige Herausforderungen wie demographischer Wandel oder illegale Zuwanderung sind ohne eine europäische Einwanderungspolitik kaum noch zu bewältigen. Doch gerade erst sorgte das Nein der Iren zum EU-Vertrag wieder einmal dafür, den Weg zu einheitlichen Regelungen zu verbauen. Jakob von Weizsäcker plädiert deshalb für eine klare Prioritätensetzung, um einer europäischen Einwanderungspolitik den Weg zu ebnet: Besonders die Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte, illegale Einwanderung und Asylpolitik benötigen dringend europaweite Regelungen.

Hochqualifizierte Einwanderer: Der Blue-Card-Vorschlag der Europäischen Kommission wäre ein guter Anfang. Die europäische Variante der amerikanischen Green Card verschafft hochqualifizierten Einwanderern Zugang zum Arbeitsmarkt einzelner Mitgliedsstaaten. Allerdings käme der Umzug von einem Land ins andere derzeit einem Neuantrag gleich, was die Attraktivität der Blue Card erheblich mindert. Auf Grundlage eines modernen Punktesystems wie in Kanada wäre es möglich, ihre Reichweite auf den gesamten EU-Arbeitsmarkt auszudehnen. Darüber hinaus könnten Blue Diploma europäischer Universitäten dafür sorgen, dass ausländische Absolventen automatisch Anspruch auf eine Blue Card und somit gute Aussichten auf Europas Arbeitsmarkt hätten.

Illegale Einwanderung: Das geringe Einkommensniveau der meisten EU-Nachbarstaaten lässt befürchten, dass illegale Zuwanderung in Europa langfristig zunimmt. Herkömmliche Gegenstrategien wie erhöhte Grenzsicherung oder Entwicklungshilfe für Nachbarstaaten sind jedoch nur bedingt effektiv. Sinnvoll

Mit den *Global Must Reads* will die Atlantische Initiative einen Beitrag zur Stärkung der außenpolitischen Kultur in Deutschland leisten. Unser Service bietet einen Überblick über besonders wichtige Studien und Analysen zur internationalen Politik. Bereits 15.000 Leser, darunter viele Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, nutzen unseren Service.

Als gemeinnütziger Verein bieten wir diesen Service für unsere Leser kostenfrei an. Wir sind allerdings auf finanzielle Unterstützung angewiesen und für jede Zuwendung dankbar. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Atlantische Initiative e. V.

Wilhelmstraße 67
10117 Berlin
Germany

Tel: +49.30.206 337 88
Fax: +49.30.206 337 90

www.atlantische-initiative.org
info@atlantische-initiative.org

Vorstand

Dr. Johannes Bohnen
Jan-Friedrich Kallmorgen

Beirat

Dr. Rudolf Adam
Dr. Ronald D. Asmus
Prof. Dr. Arnulf Baring
Dr. Christoph Bertram
Carl-Eduard von Bismarck
Dr. Philip v. Boehm-Bezing
Dr. Mark Brzezinski
Jürgen Chrobog
Thomas L. Farmer
Dr. Klaus-Dieter Frankenberger
Dr. Jeffrey Gedmin
Dr. Karl-Theodor Frhr. zu Guttenberg
Prof. Dr. Helga Haftendorn
Dr. John C. Hulsman
Dr. Michael J. Inacker
Dr. Jackson Janes
Marvin Kalb
Dr. Walther Leisler Kiep
Eckart von Klaeden
Hans-Ulrich Klose
John Kornblum
Dr. Charles Kupchan
Alexander Graf Lambsdorff
Prof. Dr. Kurt J. Lauk
Dr. Beate Lindemann
Heike MacKerron
Dr. Norbert Otten
Cem Özdemir
Ruprecht Polenz
Avi Primor
Prof. Dr. E. Sandschneider
Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik
Karsten D. Voigt
Lord Wallace

Bankverbindung

Atlantische Initiative e. V.
Bankhaus LÖbbecke AG
Bankleitzahl: 100 30 500
Kontonummer: 12 57 95 00

Registriergericht

Amtsgericht Berlin Charlottenburg
Registernummer: VR 23583Nz
Steuernummer: 27/660/59701
USt-IdNr.: DE 252416799

Mit freundlicher Unterstützung von

DAIMLER

Deutsche Post  World Net

MAIL EXPRESS LOGISTICS FINANCE

wäre eine Politik der „verdienten Regularisierung“, die jenen Einwanderern einen legalen Aufenthaltsstatus verspricht, die sich durch gute Sprachkenntnisse oder andere Qualifikationen für eine schnelle Integration empfehlen.

Asylpolitik: In der EU stieg die Zahl der Asylanträge nach 1990 deutlich an, weshalb die Mitgliedsländer ihre Gesetze verschärften. Inzwischen ist die Zahl so weit gesunken, dass die Frage erlaubt ist, ob Europa dem ambitionierten Ziel überhaupt noch gerecht wird, politisch Verfolgten dieser Welt ausreichend Schutz zu gewähren. Hinzu kommt, dass die Lasten ungleich verteilt sind. Schweden beispielsweise gewährt über 10% der weltweiten Antragsteller (in Industrieländern) politisches Asyl und liegt damit weit vor den europäischen Riesen Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Es wäre an der Zeit, die Asylpolitik finanziell und organisatorisch auf eine gemeinsame Grundlage zu stellen. Ein Anfang könnte gemacht werden, indem jährlich 25.000 Menschen im Rahmen eines „new Nansen“-Passes nicht nur Asyl, sondern auch logistische Hilfe für Flucht oder Transport gewährt wird.

Will die EU zukünftig zu den dynamischsten Wirtschaftsräumen der Welt gehören, wie es die Lissabon-Agenda verspricht, benötigt sie dringend eine gemeinsame Einwanderungspolitik. Dabei steht nichts Geringeres auf dem Spiel als Europas Zukunft als wissensbasierte Ökonomie, die im globalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe oben mitspielt. [Mehr...](#)

Chinas Jugend kehrt dem Westen den Rücken

Evan Osnos, Angry Youth. The new generation's neocon nationalists, *The New Yorker*, 28.07.2008

Knapp zwanzig Jahre nach den blutig niedergeschlagenen Protesten chinesischer Studenten auf dem Tiananmenplatz gibt in China eine neue Studentengeneration den Ton an. Ihr geht es, anders als ihren Vorgängern von 1989, nicht darum, gegen Korruption, Machtmissbrauch und politische Unterdrückung zu rebellieren. Evan Osnos porträtiert im New Yorker eine neue, neokonservative und nationalistische Studentengeneration, die den Westen ablehnt und einen neuen Kalten Krieg heraufziehen sieht, in dem der Westen die Chinesen systematisch einzudämmen versucht.

Mitte April tauchte auf einer chinesischen Webseite ein Video auf, das die Berichterstattung westlicher Medien während der Tibet-Unruhen und des olympischen Fackellaufs scharf kritisierte. Das Video endet mit einem Bild der chinesischen Flagge in glühendem Sonnenlicht – dazu ein patriotisches Versprechen: Wir erheben uns und halten ewig zusammen als eine harmonische Familie! In China generierte das Video in der ersten Woche mehr als eine Million Hits und erreichte im Durchschnitt etwa zwei Mausclicks pro Sekunde. Es stammt von Tang Jie, einem jungen Elitestudenten, der einer ganzen Generation aus dem Herzen sprach. Sein Video wurde zum Manifest einer studentischen Avantgarde, die sich zur Verteidigung der chinesischen Ehre aufgerufen sah und die in China *fen qing* genannt wird: wütende Jugend.

Die Solidarisierung der *fen qing* mit der chinesischen Regierung und deren offizieller Linie während der Tibet-Unruhen war alles andere als eine spontane Reaktion auf diffamierende Berichterstattung westlicher Medien. Es ist vielmehr die gewachsene Überzeugung, dass China in die richtige Richtung marschiert, die diese neue Studentengeneration zum Ausdruck bringen wollte. Für sie ist entscheidend, dass die Regierung den Menschen in China ein besseres Leben beschert hat – eines, das ihr mehr bietet als in zahlreichen Demokratien dieser Welt. Deshalb glaubt sie, ein „gutes Leben“ sei auch ohne Demokratie zu haben. Westliche Demokratisierungsrhetorik und die Forderung nach Marktöffnung ist in ihren Augen vor allem ein strategisches Mittel, um ökonomisch von den Chinesen zu profitieren und ihnen im nächsten Moment die Tür vor der Nase zuzuschlagen, sobald sie in westlichen Ländern investieren wollen. Besonders die politischen Interventionen der US-Regierung in den Fällen Unocal und IBM haben nachhaltig Wirkung hinterlassen. Tang Jie und die jungen Konservativen sind gegen eine weitere Öffnung Chinas und dessen Integration in die (westlich dominierte) Weltgemeinschaft. Sie fordern stattdessen die Rückbesinnung auf längst vergessene chinesische Traditionen und malen ein nostalgisches Bild dessen, was es heißt, Chinesen zu sein. [Mehr...](#)

Auf Chinas Fußspuren: Indien investiert Milliarden in der Karibik

Loro Horta, Indian Investors Enter the Caribbean. Hungry for natural resources, firms from India begin to shape the Caribbean economy, *YaleGlobal*, 08.07.2008

Seit gut fünf Jahren gehört Indien zu den aktivsten Wirtschaftsakteuren in der Karibik. Zwar ist China mit einem Handelsvolumen von 3,8 Mrd. US-Dollar (2007) nach wie vor der wichtigste Handelspartner der Region (zur Ergänzung: Das Handelsvolumen stieg in den letzten drei Jahren im Durchschnitt um 30 bis 40%). Doch Indien holt auf und scheint fest entschlossen, seine Präsenz in der Region durch Milliardeninvestitionen zu erhöhen. Dabei zeichnet sich ein harter Wettbewerb zwischen den beiden Wirtschaftsriesen ab.

In dem ölreichen Staat Trinidad und Tobago investierten indische Firmen bis zum Jahresende 2007 fast 3,4 Mrd. US-Dollar in Kohlebergbau, Landwirtschaft, Bankenwesen und Tourismus. Die größten Investoren Mittal Steel und Essar Steel bauten Stahlwerke für 2 bzw. 1,2 Mrd. US-Dollar. In Jamaika, Guyana und Surinam zogen indische Unternehmen zahlreiche Aufträge zum Bau von Bewässerungsanlagen an Land und bauten Cricket-Stadien für 25 bzw. 30 Mio. US-Dollar in Guyana und Barbados. Hinzu kommen Millionenverträge für Straßen- und Brückenbau in Surinam sowie für ein geplantes Telekommunikationsnetzwerk in Guyana. Die karibische Zuckerindustrie, die seit der Einführung massiver Importbeschränkungen durch die EU stark zu leiden hat, kann ebenfalls aufatmen: Indische Unternehmen investierten Millionen, um die Zuckerindustrie Jamaikas, Guyanas und Surinams zu revitalisieren. Indiens Regierung gewährte Guyana im August 2004 einen Kredit über 25 Mio. US-Dollar zur Modernisierung der Zuckerindustrie. Zudem zeigen indische Firmen besonderes Interesse an den lukrativen Gold- und Diamantenfeldern beider Länder, tief versteckt im Amazonas-Wald.

Der Energiehunger Indiens sorgt dafür, dass das Hauptinteresse der Investoren dem Kohlebergbau und der Ölförderung gilt. Alarmiert durch die gegenwärtige Ölkrise versuchen Chinesen und Indien, jede noch so unzugängliche Energiequelle aufzuspüren. Vergangenes Jahr besuchten Delegationen des indischen Ölgiganten Reliance Guyana und Surinam, um Sonderkonditionen bei der Öl- und Kohleförderung auszuhandeln. Besonders im Energiesektor dürften die Interessen Chinas und Indiens zunehmend kollidieren. Kurzfristig scheint China die besseren Karten zu haben, da die meist staatseigenen Firmen politische Schützenhilfe aus Peking erhalten. Langfristig jedoch könnten die Indier davon profitieren, dass sie bessere Beziehungen zu den USA pflegen und die überwiegend privaten Unternehmen unabhängiger von politischen Wetterlagen sind. Hinzu kommt, dass große Teile der Bevölkerung einiger karibischer Länder indischer Herkunft sind. Nicht ganz zufällig sind indische Unternehmen in den Ländern am erfolgreichsten, in denen dieser Anteil am größten ist: Guyana (51%), Trinidad/Tobago (40%) und Surinam (31%). [Mehr...](#)

Welt profitiert von verstärkter regionaler Integration in Asien

Emerging Asian Regionalism – A Partnership for Shared Prosperity, *Asian Development Bank*, Juli 2008

Asien hat seit der Finanzkrise von 1997/98 eine bemerkenswerte Entwicklung vollzogen. Die Herausforderung besteht nun darin, die regionale Kooperation weiter zu verbessern und das Wachstum auf eine breite und nachhaltige Basis zu stellen. Denn trotz der Erfolgsgeschichte der letzten Jahre profitieren noch längst nicht alle von dem Aufschwung. Eine verstärkte regionale Integration in Asien könnte nicht nur der Region, sondern auch dem Rest der Welt zu gute kommen.

Asiens Volkswirtschaften sehen sich mit einer Reihe von Aufgaben konfrontiert, die der Markt allein nicht lösen kann. Hier ist die Politik gefragt. Dies gilt besonders für die Schaffung neuer Institutionen, die zur Vertiefung der regionalen Integration beitragen. Um Investitionen in die regionalen Märkte zu fördern und den Vorteil bestehender Produktionsketten zu nutzen, sollten die Freihandelsabkommen zwischen einzelnen Staaten auf die gesamte Region ausgedehnt werden. Ein neuer „Asian Financial Stability Dialogue“ könnte die Investition asiatischer Gelder in die eigene Region fördern, indem er für mehr Vertrauen in Finanzinstitutionen sorgt und den Investorenschutz verbessert. Um die Anfälligkeit der asiatischen Volkswirtschaften für globale Wirtschaftskrisen und

ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt zu minimieren, könnte ein „Asian Secretary for Economic Cooperation“ ein gemeinsames Vorgehen bei Wechselkursen und gesamtwirtschaftlichen Fragen koordinieren. Zudem wäre eine solche zentrale Koordinierungsstelle auch in anderen Krisenfällen wie Epidemien, Natur- oder Umweltkatastrophen äußerst hilfreich.

Und auch der Rest der Welt dürfte von einer stärkeren regionalen Integration in Asien profitieren. Die Entwicklung neuer Ideen führt zu mehr Wettbewerb, der wirtschaftliches Wachstum stimulieren und für weltweit steigende Einkommen sorgen kann. Die Stärkung regionaler Märkte, mit deren Hilfe die globale Nachfrage besser gestillt werden kann, trägt zur Stabilisierung der Weltwirtschaft und zur Minderung von Risiken durch globale Schiefereien oder Krisen in anderen großen Ökonomien bei. Dies wäre ein wichtiger Beitrag zu mehr Effizienz und Stabilität der globalen Finanzmärkte. Regionale Mechanismen, die sich zur Koordinierung von Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltfragen bewähren, könnten den Weg zu effektiveren Lösungen für globale Probleme und Herausforderungen aufzeigen. [Mehr...](#)

Ära der Solarenergie rückt immer näher

Peter Lorenz, Dickon Pinner, Thomas Seitz, The economics of solar power, *The McKinsey Quarterly*, Juni 2008

Die Solartechnik gewinnt stetig an Boden, während die Preise für fossile Energie explodieren. Doch der Solarenergie-Sektor steckt nach wie vor in den Kinderschuhen. Technologische Unwägbarkeiten und finanzielle Risiken machen eine genaue Zukunftsprognose schier unmöglich. Der McKinsey Quarterly wagt dennoch einen Ausblick und prognostiziert für die nächste Dekade Investitionen von bis zu 500 Mrd. US-Dollar. Demnach wird Solarenergie bis 2020 in mindestens zehn Erdregionen mit starker Sonneneinstrahlung konkurrenzfähig sein. Die Leistungssteigerung könnte jährlich zwischen 30 und 35% betragen, von heute 10 auf 200 bis 400 Gigawatt. Die Zukunft des Sektors hängt laut McKinsey insbesondere von drei Faktoren ab:

Hersteller, Technologie und Produktion: Für den technologischen Durchbruch zur effektiven Kostenreduzierung können nur die Hersteller selbst sorgen. Vorerst aber sollten sie sich auf die grundlegenden Faktoren zur Kostenreduzierung konzentrieren: Rohstoffversorgung und Produktion. Polysilizium ist der wichtigste Rohstoff für siliziumscheibenbasierte Solarzellen. Beobachter gehen davon aus, dass sich die Nachfrage bis 2010 verdreifacht. Viele Lieferanten erhöhen bereits ihre Förderkapazitäten und suchen nach neuen Quellen. Sollte die Nachfrage nur leicht unter den optimistischen Schätzungen bleiben, könnte dies zu erheblichen Preisabfällen für Polysilizium führen. Zudem sind die meisten Solar-Unternehmen in Hochlohnländern angesiedelt. Noch sind die von ihnen produzierten Solarzellen effizienter als die aus Niedriglohnländern. Doch mittelfristig haben Länder wie China und Indien deutliche Preisvorteile, sobald sie das nötige Know-how zu Herstellung effizienterer Zellen besitzen. Hersteller aus Hochlohnländern sollten daher kontinuierlich Ausschau halten nach Chancen und Risiken einer Verlagerung ihrer Produktion in Niedriglohnländer.

Herkömmliche Energieversorger: Zwar widerspricht die dezentralisierte Produktion von Solarenergie dem Modell der etablierten Stromversorger. Doch auch für sie lauert hier ein enormes Potential. Sie würden besonders von guten Kundenbeziehungen profitieren und wären in der Lage, die an unterschiedlichen Orten produzierte Energie (beispielsweise auf Hausdächern) kostengünstig in das existierende Stromnetz einzuspeisen. Langfristig bieten die photoelektrischen Technologien die beste Perspektive. Zwar läge es für die etablierten Stromversorger nahe, mit großen Investitionen zu warten, bis die technologische Entwicklung besser einzuschätzen ist. Doch damit steigt auch das Risiko, der Entwicklung am Ende nur hinterherzulaufen.

Staatliche Regulierungsinstanzen: Staatliche Regulierungsinstanzen beeinflussen nicht nur die herkömmlichen Stromversorger, sondern auch die Bildung eines konkurrenzfähigen Solarenergie-Sektors. Behutsame Entscheidungen sind gefragt, wann und wie Subventionen für Solarenergie gestrichen werden können. In Japan, wo die Subventionen bereits 2005 gestrichen wurden, ist der Wachstumseinbruch gravierend. Noch bevor derartige Entscheidungen getroffen werden, sollten staatliche Behörden ihre Prioritäten

definieren. Geht es ihnen vornehmlich um Energiesicherheit, um CO₂-Reduzierung oder um die Schaffung (bzw. den Erhalt) von Arbeitsplätzen? Erst wenn klar ist, welche dieser unterschiedlichen und zum Teil gegenläufigen Ziele Priorität genießen, kann die Politik gezielt auf die Entwicklung spezifischer Bereiche des Solarenergie-Sektors einwirken. [Mehr...](#)

Weltfrieden durch globale Alterung?

Neil Howe, Richard Jackson, Battle of the (Youth) Bulge, *The National Interest*, Juli/August 2008

Der Alterungsprozess westlicher Gesellschaften und seine Auswirkungen sind bekannt: Hohe Kosten für Renten und Gesundheit lassen die Staatskassen schrumpfen. Weniger bekannt ist, dass auch andere Gesellschaften altern, unter anderem in Entwicklungsländern. Dort allerdings stößt der Alterungsprozess auf ein deutlich positiveres Echo. Der Grund ist eine hoffnungsvolle Annahme: je älter die Menschen, desto weniger Kriege. Doch Neil Howe und Richard Jackson warnen davor, die These vom „demographischen Frieden“ allzu optimistisch auszulegen.

Die eigentliche Bedrohung geht weniger von Staaten mit junger Altersstruktur aus, sondern eher von solchen, die gerade im Transitionsprozess stecken. Die demographische Transition beschreibt den gesellschaftlichen Wandel von hoher zu niedriger Sterblichkeits- und Geburtenrate – besonders zu beobachten in Entwicklungsländern. Seit 1970 ist hier die durchschnittliche Geburtenrate von 5,1 auf 2,9 gefallen. Zugleich ist das Durchschnittsalter von 20 auf 26 Jahre gestiegen und soll bis 2050 um weitere neun Jahre auf 35 anwachsen. China und Russland sind besonders stark von demographischer Transition betroffen. Chinas Ein-Kind-Politik wird um 2020 herum zu einer Alterungswelle führen, die sowohl die soziale Stabilität als auch die derzeit rapide steigenden Lebensstandards gefährden könnte – und damit auch die Akzeptanz der Regierung. Russland muss sogar mit einem implosionsartigen Bevölkerungsschwund rechnen. Bis 2050 wird Russlands Bevölkerung etwa um ein Drittel schrumpfen und damit unter die Marke von 100 Mio. fallen. Welche Folgen dies für das Selbstverständnis der russischen Nation hat, ist kaum zu ermessen.

Die demographische Transition wirkt sich auf fast alle Bereiche der Gesellschaft aus: Auf staatlicher Ebene droht die Ausbreitung von Neo-Autoritarismus, indem Regierungen versuchen, mit Hilfe von autoritären Mitteln die Veränderungen zu kompensieren, die durch den Alterungsprozess entstehen. In Gesellschaften mit unterschiedlichen ethnischen oder religiösen Gruppierungen könnten Machtkämpfe ausbrechen, etwa wenn eine Gruppe stärker schrumpft als andere und dadurch ihre politischen oder wirtschaftlichen Vorteile gefährdet sieht. In Asien lassen sich unter anderem familiäre Folgen beobachten: Wenn Eltern sich für weniger Kinder entscheiden, bevorzugen sie oft männliche Nachkommen. In Indien führte dies so weit, dass heute auf 100 neugeborene Mädchen 110 Jungen kommen, in China sind es sogar 117. Ein solcher Männerüberschuss könnte später nicht nur ein großes Heer unzufriedener Junggesellen produzieren, sondern einige Staaten dazu verleiten, die überschüssige männliche Energie für militärische Abenteuer zu nutzen. [Mehr...](#)

Sind Entwicklungshelfer die neuen Kolonialherren?

Michael A. Cohen, Maria Figueroa Kıpçü, Parag Khanna, *The New Colonialists*, *Foreign Policy*, Juli/August 2008

Instabile Staaten bewahrt oft nur der Einsatz internationaler Hilfsorganisationen vor dem Chaos. Früher waren es meist die ehemaligen Kolonialmächte, die Länder wie Botswana, Kambodscha oder Kenia über Wasser hielten. Heute macht ein Heer von Hilfsagenturen, Wohltätigkeitsorganisationen und ausländischen Beratern den Unterschied zwischen schwachen und gescheiterten Staaten aus. Das System der traditionellen staatlichen Entwicklungshilfe wird schleichend durch eine Armada an nichtstaatlichen Akteuren ersetzt. Dies setzt häufig einen Teufelskreis in Gang: Viele Entwicklungsländer geraten in eine strukturelle Abhängigkeit von den Hilfsorganisationen und können ihr Land nicht mehr eigenständig regieren.

Von den 325 Mrd. US-Dollar Entwicklungshilfe aus dem Jahr 2006 stammte lediglich ein Drittel von Regierungen. Der Grund dafür war nicht allein der starke Zuwachs an Privatmitteln, sondern auch die wachsende Abneigung der Geberländer, Geld in die Hände korrupter Politiker zu geben. Die Folge ist, dass NGOs immer mehr Aufgaben übernehmen, darunter auch staatliche Schlüsselfunktionen im Gesundheitswesen, in der sozialen Fürsorge, in der Umweltpolitik oder bei der militärischen Ausbildung. Inzwischen sind die NGOs weltweit zu mächtigen Akteuren in den Entwicklungsländern geworden, was deren Abhängigkeit von ausländischer Hilfe verstärkt. Vor Ort sind die NGOs auf lokale Kräfte angewiesen. Zudem sind sie für Einheimische aufgrund der höheren Löhne attraktive Arbeitgeber. Dies schwächt die heimischen Regierungen, die selbst nicht mehr die besten und fähigsten Leute rekrutieren können und somit weiter auf internationale Hilfsorganisationen angewiesen sind. In Afghanistan beispielsweise werden etwa 80% aller Dienste im Bereich Gesundheit und Bildung von internationalen oder lokalen NGOs geleistet. Nur ein Drittel der jährlichen Hilfsgelder verwaltet die afghanische Regierung selbst. Die Folge ist eine langsame und stetige Erosion staatlicher Verantwortlichkeiten.

Bei der Stabilisierung von Ländern allein auf den Markt zu setzen wäre fahrlässig, da Investitionen an zerfallenden Staaten häufig vorbeigehen. Auch die Forderung nach einer stärkeren Rolle der UN als Koordinierungsstelle zwischen den Akteuren ist nur bedingt hilfreich. Die Globalisierung wirkt einer solchen Zentralisierung von Macht eher entgegen. Zudem fehlt der UN die internationale Unterstützung. Blicke also nur der Wettbewerb zwischen den Organisationen, damit gemachte Versprechen auch gehalten werden – nicht nur den Geldgebern, sondern auch den Menschen in Entwicklungsländern gegenüber. Ein besseres Verantwortungssystem und stärkere Kooperation mit den Regierungen vor Ort könnten dabei helfen, die wechselseitige Abhängigkeit aufzubrechen. Zwar behaupten Hilfsorganisationen zu Recht, sie kümmern sich um jene Länder, die sonst keiner beachte. Doch auch Hilfsorganisationen benötigen schwache Staaten, um ihre Existenz zu sichern. [Mehr...](#)

Weitere Zusammenfassungen finden Sie unter www.global-agenda.org und auf unserem englischsprachigen Internet Think Tank für internationale Politik www.atlantic-community.org.

ATLANTISCHE INITIATIVE



Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Eddie Hartmann/Björn Sacknieß

© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90

Email: info@atlantische-initiative.org